

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Europäische Parlament ist das Herzstück der Europäischen Union. Es ist das Zentrum der Demokratie und Willensbildung. Gleich zu Beginn des neuen Jahres fanden in diesem hohen Haus traurige wie freudige und hoffnungsvolle Ereignisse statt.

Unerwartet ist unser Parlamentspräsident, David Sassoli, verstorben. Mit ihm haben wir einen leidenschaftlichen Europäer verloren. In einer bewegenden Abschiedszeremonie haben wir uns Anfang der Woche von ihm verabschiedet.



Ganz regulär standen die Wahlen für einen neuen oder eine neue Parlamentspräsidentin in der ersten Plenarwoche 2022 an. Denn ein Präsident steht nur für die Hälfte der Wahlperiode, also 2,5 Jahre, dem Parlament vor. Mit breiter Mehrheit haben die Abgeordneten unsere EVP-Kandidatin, Roberta Metsola, ins Amt gewählt. Ich freue mich, dass wir an der Spitze eine kluge und versierte Politikerin haben. Meine jahrzehntelange Freundin aus Malta schrieb: „We are so happy for her, she made Malta proud!“

Für die großen Aufgaben, die auch im neuen Jahr auf uns zukommen, ist das Parlament gerüstet. Ganz oben auf der Agenda steht dabei die Friedenssicherung zwischen der Ukraine und Russland. Leider gibt hier der Rat - also alle Mitgliedsstaaten - kein geschlossenes Bild ab! Die enormen Herausforderungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie die Bewältigung der Pandemie bleiben ebenso oben auf der Agenda.

Meine persönlichen politischen Schwerpunkte konzentrieren sich auch in diesem Jahr auf eine praxisorientierte und zukunftsfähige Agrarpolitik, eine qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittelversorgung sowie den Kampf gegen den weltweiten Hunger in der Welt.

Mein Wunsch und meine Hoffnung für 2022: Dass wieder viele persönliche Treffen und Begegnungen mit meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und meinen Parteikolleginnen und Kollegen im Wahlbezirk möglich werden.

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### Neue Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt: Roberta Metsola



Ich gratuliere Roberta Metsola von EVP-Fraktion zur Wahl in das Präsidentenamt des Europaparlaments! Es war höchste Zeit, dass nach 20 Jahren endlich wieder eine Frau an der Spitze des Europaparlaments steht. Auch die bisher letzte Präsidentin des Europaparlaments, Nicole Fontaine, gehörte der EVP an.

Roberta Metsola steht für ein junges, weibliches und dynamisches Europa. Sie wird das Europaparlament mit Leidenschaft und Selbstbewusstsein nach außen vertreten. Mit ihr haben wir eine kompetente, durchsetzungsstarke und pragmatische Präsidentin für das Europaparlament bekommen, die Europa im Herzen trägt. Sie kämpfte engagiert gegen die Korruption in ihrer Heimat Malta und profilierte sich beim Thema Migration. Ihre Wahl leitet einen Generations- und Stilwechsel ein, der diesem Haus gut zu Gesicht stehen wird. CDU und CSU arbeiten seit vielen Jahren vertrauensvoll mit Roberta Metsola zusammen.

In ihrer teils kämpferischen Antrittsrede sagte sie, das Parlament werde nie akzeptieren, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Redefreiheit oder die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten eingeschränkt werden - eine klare Ansage an die zunehmend autokratischen Regierungen in Ländern wie Polen oder Ungarn. Im Kampf gegen den Klimawandel müsse die EU die Führung übernehmen und sich neu erfinden.

Des Weiteren wurde mein Kollege Rainer Wieland aus Baden-Württemberg erneut zum Vizepräsidenten gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

#### Hintergrund:

Zur Mitte der Legislaturperiode wählt das Parlament sein Präsidium neu. Das Amt des Parlamentspräsidenten steht in dieser Periode der EVP-Fraktion zu. So ist dies zu Beginn der Legislatur mit den anderen Fraktionen verhandelt worden.

### Gedenken an Parlamentspräsident David Sassoli

Wir sind immer noch sehr bestürzt über den Tod unseres vorherigen Parlamentspräsidenten David Sassoli. Er hat das Europaparlament in der herausfordernden Phase der Coronapandemie mit Würde geführt und als überzeugter, leidenschaftlicher Demokrat stets den Kompromiss gesucht. Wir werden ihn als engagierten Europäer in Erinnerung behalten, der versucht hat Brücken zu bauen und viel zu früh von uns gegangen ist. Unsere Gedanken sind bei seinen Angehörigen und Freunden.

### Hintergrund:

Am 11. Januar ist der Präsident des Europaparlaments David Sassoli unerwartet verstorben. David Sassoli, Mitglied der italienischen Partito Democratico, gehörte im Europaparlament der Fraktion der Sozialisten und Demokraten (S&D) an. Am Montag, 17.01.22, hat das Europaparlament seinem verstorbenen Präsidenten gedacht. Es ist das erste Mal, dass ein Präsident während seiner Amtszeit verstirbt.

### Meine Rede zu Tiertransporten im Plenum

Das Europäische Parlament stimmte am Donnerstag über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zu Tiertransporten (ANIT) ab.

Über eineinhalb Jahre hat sich der ANIT mit Tiertransporten innerhalb Europas und in Drittstaaten beschäftigt, wir haben mit Expertinnen und Experten viele Ideen diskutiert und Lösungen gesucht. Unser Ziel war es dabei, mutmaßliche Verstöße bei der Anwendung von EU-Tierschutzvorschriften beim Transport innerhalb und außerhalb der EU zu untersuchen. Dabei waren wir uns immer einig, dass der Schutz von Tieren beim Transport nicht verhandelbar ist.

Die erkennbaren Schwachstellen bei der Umsetzung der EU-Tiertransportverordnung, etwa bei der Ausstattung der Transportfahrzeuge und bei der Plausibilität der Routen, müssen von der Kommission verbessert werden. Jedes Glied in der Kette trägt seine Verantwortung. So wie anfangs die Landwirtin oder der Landwirt für die Transportfähigkeit ihrer/seiner Tiere verantwortlich ist, so muss der Transportunternehmer und sein Personal für einen sicheren Weg und ausreichende Versorgung bis zum Zielort sorgen.

Meine Rede im Plenum finden Sie [hier](#) und auf meiner [Website](#).

### Das Thema Wolf im Agrarausschuss

Der Wolf ist weiterhin eine große Herausforderung für unsere Weidetierhalterinnen und -halter.

Wir brauchen realistische Lösungen und eine vernünftige und vor allem sichere Koexistenz von Weidetier und Wolf!

Meine Rede im Agrarausschuss finden Sie [hier](#) sowie die zugehörige Pressemitteilung auf meiner [Website](#).

### Programm der französischen Ratspräsidentschaft

Mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Frankreich übernimmt ein europäisches Schwergewicht den Vorsitz der Mitgliedstaaten für das laufende Halbjahr. Staatspräsident Macron wird dabei versuchen, die Europapolitik in den kommenden Monaten so französisch wie möglich einzufärben und die Ratspräsidentschaft bestmöglich für seine Wiederwahlkampagne zu nutzen.

Mit Valérie Pécresse hat er eine seriöse, ernstzunehmende Konkurrentin aus dem bürgerlichen Lager der EVP, aber mit den beiden Rechtspopulisten Marine Le Pen und Eric Zemmour nun sogar zwei Konkurrenten von weit rechts bis rechtsextrem. Wir wünschen Frankreich für die Ratspräsidentschaft viel Erfolg und hoffen, dass sich die Europäische Union weder vom französischen Wahlkampf bremsen lässt, noch die französischen Wähler sich von den Antieuropäern Le Pen oder Zemmour verführen lassen. Die von Macron angekündigten Schwerpunkte wie Klimaschutz und Digitalisierung lassen darauf hoffen, dass Frankreich die EU in den kommenden Monaten nach vorne bringt.

Macron hat am vergangenen Mittwoch das Programm der französischen Ratspräsidentschaft im Plenum vorgestellt und dabei eine Stärkung des Europaparlaments in Aussicht gestellt. Er wolle sich zusammen mit Deutschland dafür einsetzen, dass das Parlament in der Europagesetzgebung das Initiativrecht erhält. Bisher ist die Möglichkeit, Gesetzesvorschläge einzubringen, der EU-Kommission vorbehalten. Angesichts der drohenden Eskalation an der Grenze zur Ukraine forderte Macron eine neue europäische Sicherheits- und Stabilitätsordnung. Ein Vorschlag dazu solle in den kommenden Wochen von der EU erarbeitet und mit den Nato-Partnern geteilt werden. CDU und CSU wiesen in der Debatte darauf hin, dass der Ukraine Konflikt und das Verhältnis zu Russland ganz oben auf die politische Agenda gesetzt werden müssten. Der Ratsvorsitz müsse sich dafür einsetzen, dass die EU mit einer gemeinsamen starken Stimme spricht und auch Gehör findet. Interessant in der Debatte waren die massiven Attacken von französischen Abgeordneten.

Zur Rede von Emmanuel Macron im Europäischen Parlament erklären

**Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:**

"Wie zu erwarten hat Präsident Macron in seiner Rede einen großen Bogen gespannt. Es ist positiv, dass er den französischen Wunsch nach einer Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspakts heute nicht erneut vorgetragen hat. Man kann dennoch vor einem solchen Vorhaben nur warnen. Schulden bleiben Schulden, egal wie sinnvoll oder nachhaltig die damit finanzierten Investitionen auch sind. Die Ampel-Regierung würde sich auf einen gefährlichen Pfad begeben, wenn sie da mitmacht.

Es ist gut, dass Präsident Macron ein positives Europabild zeichnet. Aufgrund des französischen Präsidentschaftswahlkampfes bleibt diesem Ratsvorsitz noch weniger Zeit, wichtige Vorhaben anzustoßen und voranzubringen. Frankreich muss auch zukünftig pro-europäisch regiert werden. Mit der überzeugenden Präsidentschaftskandidatin Valérie Pécresse besteht die Chance, dass der demokratische Wettstreit in Frankreich dieses Mal in der Mitte geführt und entschieden wird."

**Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Europagruppe, ergänzt:**

"Präsident Macron ist ein Meister der politischen Inszenierung. Aber Politik wird am Ende des Tages nicht am guten Willen oder schönen Bildern, sondern an konkreten Errungenschaften gemessen. Das gilt auch für die französische Ratspräsidentschaft.

In der Ukraine stehen derzeit über 70 Jahre Frieden in Europa auf dem Spiel. Deshalb müssen wir den Ukraine Konflikt und unser Verhältnis zu Russland ganz oben auf die politische Agenda setzen. Der Ratsvorsitz muss sich dafür einsetzen, dass die EU mit einer gemeinsamen starken Stimme spricht und auch Gehör findet. Alle anderen politischen Errungenschaften sind gegen die größte aller Errungenschaften, den Frieden in Europa, nur klein.

Dennoch ist es wirtschaftspolitisch richtig, dass Frankreich Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum des Präsidentschaftsprogramms stellt. Hier muss allerdings die Belastung des Mittelstands, dem Rückgrat der europäischen Wirtschaft, noch stärker berücksichtigt werden. Nur dann wird es uns gelingen, unsere Wirtschaft als Speerspitze einer globalen, nachhaltigen und digitalen Ökonomie in Position zu bringen."

### **Hintergrund:**

Am 1. Januar hat Frankreich turnusgemäß die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Unter dem Motto "Relance, Puissance, Appartenance" (Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit) möchte unser westlicher Nachbar insbesondere die Themen Klimaschutz und Digitalisierung hervorheben. Staatspräsident Emmanuel Macron hat am Mittwoch, 19.01.22, das Programm der Präsidentschaft im Europaparlament in Straßburg vorgestellt. Überschattet wird die Ratspräsidentschaft nicht nur innenpolitisch von den französischen Präsidentschaftswahlen im April.

### **Eine langfristige Vision für den ländlichen Raum in Europa**

Am 30. Juni 2021 hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung "Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU - Für stärkere, vernetzte, widerstandsfähige und prosperierende ländliche Gebiete bis 2040" angenommen.

Darin werden Aktionsbereiche für stärkere, vernetzte, widerstandsfähige und wohlhabende ländliche Gebiete und Gemeinden festgelegt. Ein Pakt für den ländlichen Raum (Rural Pact) und ein EU-Aktionsplan für den ländlichen Raum (EU Rural Action Plan) mit konkreten Projekten und neuen Instrumenten werden dazu beitragen, die Ziele dieser Vision zu erreichen.

Bis Juni 2022 können sich Akteure im ländlichen Raum zu den langfristigen Zielen der Vision bekennen und an der Diskussion teilnehmen. Im Juni 2022 werden dann die Überlegungen auf einer hochrangigen Konferenz zum Pakt für den ländlichen Raum in Brüssel ausgetauscht und ab Juni 2022 umgesetzt.

[Hier](#) können Sie einfach und unkompliziert an der Umfrage/Konsultation teilnehmen. Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).

### **Abstimmung zum Gesetz über digitale Dienste (DSA)**

Das Internet soll für Nutzerinnen und Nutzer in Europa sicherer werden. Für uns als EVP ist wichtig, dass wir mit dem in dieser Woche vom Europaparlament verabschiedeten Gesetz über digitale Dienste (DSA) ein ausgewogenes Instrument schaffen. Einerseits wollen wir die Plattformen mit in die Pflicht nehmen, sodass Verbraucher in Europa überall auf sichere Weise einkaufen und auf die Richtigkeit der Nachrichten, die sie lesen, vertrauen können. Auf der anderen Seite wollen wir die Plattformen nicht mit administrativen Anforderungen überlasten, denn uns ist klar, dass Online-Plattformen große Vorteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher bringen und den grenzüberschreitenden Handel innerhalb und außerhalb der Union erleichtern.

Zielgerichtete Werbung muss den Datenschutzvorschriften und Transparenzverpflichtungen unterliegen. Mit der Datenschutz-Grundverordnung und der E-privacy-Verordnung haben wir aber bereits heute ein umfassendes Regelwerk zum Umgang mit zielgerichteter

Werbung geschaffen. Ein pauschales Verbot wäre nicht im Verbraucherinteresse. Zielgerichtete Werbung zu verbieten würde natürlich dazu führen, dass viele Dienste künftig kostenpflichtig werden.

Zur Abstimmung über das Gesetz über digitale Dienste (DSA) erklären

**Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Mit dem DSA stellen wir endlich Ordnung im Digitalen Binnenmarkt her. Illegale Inhalte, Produkte oder Dienstleistungen müssen künftig in Europa unverzüglich von den Plattformen entfernt werden. Der "Wilde Westen" im Digitalbereich, wo die Großen ihre eigenen Regeln schaffen, ist damit vorbei. Wir wollen, dass Nutzer in Europa offline und online gleichermaßen geschützt sind. Das garantiert der DSA, indem Plattform-Betreiber künftig stärker in die Pflicht genommen werden. Uns als EVP war von Anfang an auch wichtig, dass Start-Ups durch die neuen Anforderungen nicht durch übertrieben bürokratische und besonders aufwendige Maßnahmen überfordert werden. Denn auch Wettbewerb zwischen Anbietern von Plattformdiensten ist im Verbraucherinteresse.“

und **Marion Walsmann (CDU)**, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, ergänzt:

„Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Online-Marktplätze mehr tun müssen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor unsicheren Produkten beim Online-Shopping zu schützen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten in Europa überall auf sichere Weise einkaufen können, egal ob online oder offline. Sie müssen auf die Richtigkeit der Angaben vertrauen können und im Falle von Schwierigkeiten muss ihnen ein Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Hier wird das im DSA eingebettete „Kenne deinen Geschäftskunden“-Prinzip helfen, denn dadurch werden die Online-Marktplätze verpflichtet, die Händler zurückzuverfolgen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.“

#### **Hintergrund:**

Die EU-Kommission hat Ende 2020 ihre Vorschläge für den DSA sowie für ein Gesetz über digitale Märkte (DMA) vorgelegt. Ziel beider Gesetze ist es einerseits, ein sicheres Online-Umfeld für die Nutzer zu schaffen (DSA). Andererseits sollen unfaire Geschäftspraktiken und Wettbewerbsverzerrungen auf den digitalen Märkten eingedämmt werden (DMA). Der Vorschlag für den DSA reformiert Teile der E-Commerce-Richtlinie aus dem Jahr 2000. Im Dezember hat das Plenum seine Position zum DMA festgelegt. Beide Dossiers sollen unter französischer Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2022 abgeschlossen werden.

#### **Stärkung der EU-Arzneimittelagentur**

Eine Pandemie darf uns nie wieder so unvorbereitet treffen, wie dies im vorletzten Jahr geschehen ist. Diese Woche hat das Europaparlament einen wichtigen Schritt getätigt, damit wir auf Pandemien und Gesundheitskrisen besser vorbereitet sind. Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), die u.a. für Arzneimittelzulassungen zuständig ist, wird gestärkt.

Nach der bereits beschlossenen Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) ist dies der zweite wichtige Schritt, um grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen wie Covid-19 in Zukunft besser bekämpfen zu können.



Noch ausstehend ist die Reform der Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Daran wird derzeit noch gearbeitet.

Zur Stärkung der EMA erklärt **Peter Liese (CDU)**, gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Nach der bereits beschlossenen Stärkung des Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) ist dies ein weiterer wichtiger Schritt, um grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen wie Covid-19 in Zukunft besser bekämpfen zu können. Eine Pandemie darf uns nie wieder so unvorbereitet treffen, wie dies im vorletzten Jahr geschehen ist.

Die Stärkung der EMA bedeutet, dass wir eine gemeinsame europäische Antwort ermöglichen, wenn es darum geht, Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten abzumildern. Sie gewährleistet außerdem eine schnellere Zulassung und Verfügbarkeit neuer Arzneimittel, um kommende Krisen zu bewältigen.

Wir brauchen nun auch schnell eine Einigung zur Reform der Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren. Diese Änderung ist besonders wichtig, um in Zukunft auch in Europa, unabhängig von der WHO, einen Gesundheitsnotstand ausrufen zu können und somit die neu-etablierten Krisenmechanismen in Gang zu setzen."

## Fehlstart im Bundeslandwirtschaftsministerium

Das Bundeslandwirtschaftsministerium war nicht in der Lage, den nationalen GAP-Strategieplan pünktlich zum Jahreswechsel in Brüssel einzureichen. Das war ein glatter Fehlstart zu Lasten unserer Bäuerinnen und Bauern.

Lesen Sie unsere gemeinsame Pressemitteilung von Peter Jahr MdEP, Lena Düpont MdEP, Christine Schneider MdEP, Norbert Lins MdEP und mir [hier](#).

## Mein Mittelfranken

### Neujahrsempfang der CSU Abenberg

Es ist mittlerweile ein gewohntes Bild: online-Konferenzen. Auch der diesjährige Neujahrsempfang der CSU Abenberg fand digital statt. Gastredner war der Bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Er sprach u.a. über die Lehren, die wir aus der Pandemie ziehen können und plädierte für mehr Wertschätzung des Pflegepersonals. Außerdem forderte er eine allgemeine Impfpflicht. Mit weniger Bürokratie und Ökonomisierung und mehr Zusammenhalt und Sicherheit müsse das Gesundheitssystem gestärkt werden, forderte Holetschek. Auch wenn nichts die persönlichen Begegnungen ersetzen kann, hat die CSU Abenberg mit ihrem Vorsitzenden, Sebastian Ehard, eine gelungene Veranstaltung auf die Beine gestellt. Vielen Dank für die Einladung.



## Herzensangelegenheiten

### Sternsinger im Europaparlament

\*Christus mansionem benedicat\* - Christus segne dieses Haus!

Am 13. Januar besuchten uns die Sternsinger im Europäischen Parlament. Das ist nicht nur ein schöner Brauch, sondern auch ein sichtbares Zeichen für Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit. Für viele Mädchen und Jungen weltweit sind die Spenden der Sternsinger-Aktion immens wichtig.

Bilder zum Besuch der Sternsinger finden Sie auf meinem [Instagram-Kanal](#).

### Marlene Mortler Meets - Meine Gesprächsreihe mit Abgeordnetenkolleginnen und Kollegen

Wie sind deutschsprachige Mitglieder des Europaparlaments aus anderen Ländern eigentlich in das Parlament gekommen? Wofür setzen sie sich ein? Und warum sprechen sie so gut deutsch?

Über diese Themen spreche ich mit Kolleginnen und Kollegen in meiner Videoreihe „Marlene Mortler Meets“. Wir möchten damit die Verbundenheit der Personen, die ihre Regionen vertreten, demonstrieren und Politikerinnen und Politiker näher an die Wählerschaft bringen. Dabei wird es auch persönlich: von Kindern über Neujahrswünsche bis hin zu Sternzeichen geben meine Gesprächspartnerinnen und -partner Einblicke in ihre Arbeit und ihr Leben.

Alle Folgen zu „Marlene Mortler Meets“ finden Sie auf meiner [Website](#) unter der Rubrik „Im Gespräch“.

### Spenden Sie 60 Minuten für die Zukunft Europas! - Noch bis 31. Januar

Europa hört seinen Bürgerinnen und Bürgern zu! Bei der Konferenz zur Zukunft Europas. Online in allen Amtssprachen. Bringen Sie sich ein! Damit Ihre Stimme gehört wird. Sagen Sie der EU, was Sie sich von und in Europa wünschen - was verbessert werden muss und was Sie bewegt. Und wenn Sie wollen, tauschen Sie sich mit anderen EU-Bürgern in ganz Europa über Reformideen aus.

Spenden Sie Europas Zukunft noch bis zum **31. Januar 2022** 60 Minuten Ihrer Zeit und nehmen Sie aktiv an der politischen Entwicklung der Europäischen Union teil.

- Rufen Sie die Online-Plattform der Zukunftskonferenz unter <https://futureu.europa.eu/> auf und registrieren Sie sich über den Button „Anmelden“ beim Login-System der Europäischen Kommission (ECAS) als Teilnehmerin oder Teilnehmer. Loggen Sie sich ein.
- Auf der Konferenzplattform den Header „Themen“ anklicken und lesen Sie Beiträge, die Sie interessieren (v.a. Demokratie in Europa, Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit).



- Unterstützen Sie per Mausclick jene Ideen und Vorschläge, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine klare, föderale Kompetenzverteilung in der Europäischen Union voranbringen. Oder lehnen Sie Vorschläge ab, die zu einer Re-Nationalisierung führen würden. Sie wollen die Forderungen der Europa-Union unterstützen? Geben Sie in das Suchfenster rechts oben „Europa-Union“ ein und scrollen Sie bei den Ergebnissen bis „Vorschläge“.
- Noch Zeit übrig? Kommentieren Sie Einträge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Weitere Informationen über die Forderungen der Europa-Union Deutschland finden Sie [hier](#).

### **Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch! - EU-Fördermittel für Projekte**

In Folge der #euvernetzt-Veranstaltung „Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch“ vergangenes Jahr stehen nun insgesamt 16 Millionen Euro an neuen EU-Fördermitteln für den Kampf gegen Kindesmissbrauch bereit. Öffentliche Einrichtungen, gemeinnützige oder internationale Organisationen können ihre Projektbewerbungen noch bis zum 24. Februar 2022 hochladen.

Informationen zu den Anforderungen finden Sie auf der Website der [EU-Kommission](#).

### **Wettbewerb: Europäischer Jugendkarlspreis 2022**

#### **Was ist der Europäische Jugendkarlspreis:**

Der Jugendkarlspreis wird seit 2008 jedes Jahr gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen verliehen.

#### **Worum geht es?**

Gesucht werden grenzüberschreitende Projekte von jungen Menschen für junge Menschen, die sich mit dem Zusammenleben und Verständigung in Europa beschäftigen. Dies kann z.B. sein:

- internationaler Jugendaustausch
- Kulturfestivals
- YouTube-Serie
- Podcast
- Online-Event

#### **Wer kann sich bewerben?**

Junge EU-Bürgerinnen und Bürger zwischen 16 und 30 Jahren. Die Projekte können entweder von Einzelpersonen, oder - vorzugsweise - von Gruppen eingereicht werden.

#### **Wie lange läuft die Bewerbungsfrist?**

Bewerbungen sind bis zum **13. Februar 2022** möglich.

#### **Wie läuft das Auswahlverfahren ab und welche Preise werden ausgelobt?**

In jedem Land wählt eine Auswahljury zuerst einen nationalen Preisträger aus. Für diese 27 Projekte geht es weiter nach Aachen zur großen Preisverleihung. Hier kommen Vertreterinnen und Vertreter der Siegerprojekte aus jedem der 27 EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Eine einmalige Gelegenheit, andere junge Menschen aus ganz Europa zu treffen,

Ideen auszutauschen und sein Netzwerk auszubauen. Bei der Preisverleihung erhält das Gewinnerprojekt 7.500 Euro Preisgeld, der zweite Preis ist mit 5.000 Euro und der dritte Preis ist mit 2.500 Euro dotiert. Außerdem lädt das Europäische Parlament - so es die Corona-Maßnahmen erlauben - die Preisträgerinnen und Preisträger nach Brüssel oder Straßburg ein.

Weitere Informationen:  
Europäischer [Jugendkarlspreis](#)

## Lesenswert

### Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

### Europäischer Rat steht zur Ukraine

Am 16. Dezember 2021 tagten die EU-Staats- und Regierungschefs. Sie betonten die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und warnten Moskau, dass eine militärische Aggression massive Konsequenzen, hohe Kosten und international koordinierte Sanktionen nach sich ziehen würde. Aus taktischen Gründen ließ der Europäische Rat diese Maßnahmen jedoch vorerst unbestimmt. Sanktionen bereits vor einer Aggression Russlands einzusetzen, zieht die EU derzeit nicht in Betracht, auch wenn dies der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky regte.

Die EU ist offen für Dialog und unterstützt das Normandie-Format, das Treffen auf Regierungsebene zwischen Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine umfasst. Die EU reagierte damit auf Russlands Truppenverlegung an die ukrainische Grenze und die zunehmende aggressive Rhetorik. Des Weiteren standen Migration, Nordstream 2 und das neue sicherheitspolitische Grundlegendokument namens „Strategischer Kompass“ auf der Agenda des Europäischen Rates.

### EU-Außenpolitik: Neue Sanktionsregelungen zu Mali

Im Zuge des Staatstreiches vom 24. Mai 2021 und der verzögerten Vorbereitung von Wahlen in Mali beschloss der EU-Außenrat am 13. Dezember 2021, seine Sanktionsregelung gegenüber dem westafrikanischen Land anzupassen. Demzufolge kann die EU jetzt unabhängig von den Vereinten Nationen restriktive Maßnahmen verhängen, zum Beispiel, wenn die gegenwärtigen Machthaber in Mali den politischen Übergang behindern.

In Vorbereitung auf das EU-Afrikanische Union-Gipfeltreffen im Februar 2022 legten die Außenminister die Kernthemen fest. Im Mittelpunkt stehen dabei: umweltfreundliches und nachhaltiges Wirtschaftswachstum nach der Covid-19-Pandemie, eine engere Kooperation anhand der neuen "Global Gateway"-Initiative, aber auch rechtstaatliche Staatsführung und sicherheitspolitische Herausforderungen. Der EU-Außenrat bekräftigte außerdem sein Bestreben, die Beziehungen mit Zentralasien zu fördern.

### EU-Lateinamerika-Karibik: Erholung nach Pandemie im Zentrum der zukünftigen Zusammenarbeit

Am 2. Dezember 2021 tauschten sich EU-Ratspräsident Charles Michel, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell

im Rahmen einer Videokonferenz mit den Führungsspitzen von Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Mexiko und Surinam aus. Diese sieben lateinamerikanischen und karibischen Länder haben aktuell den Vorsitz regionaler und subregionaler Organisationen inne. Die gemeinsame Pandemiebekämpfung und Impfstoffversorgung, etwa durch die Bereitstellung von Impfdosen im Rahmen der COVAX-Initiative, war wichtiges Thema. Mit Blick auf die künftige Kooperation umfassten die Gespräche über gemeinsame Anstrengungen für eine nachhaltige Erholung nach Covid-19 die Bereiche Gesundheit, nachhaltige Entwicklung, Klimawandel und Biodiversität, Digitalisierung, Handel, aber auch soziale Fragen.

### **Treffen zwischen Michel und den Regierungschefs aus Armenien und Aserbaidschan**

Am 14. Dezember 2021 tauschten sich EU-Ratspräsident Charles Michel, Präsident der Republik Aserbaidschan, Ilham Alijew, und Premierminister der Republik Armenien, Nikol Paschinjan, über die jüngsten Entwicklungen in der Südkaukasusregion und den Beziehungen zur EU aus. Charles Michel lobte die von beiden Seiten unternommenen Schritte zur Deeskalation, insbesondere die Einrichtung einer direkten Kommunikationsverbindung zwischen den Verteidigungsministern. Die EU unterstützt Armenien und Aserbaidschan unter anderem bei Minenräumbemühungen und Konnektivität. Die Anwesenden bekräftigten das Ziel, sich für einen stabilen Kaukasus einzusetzen. Das Treffen fand einen Tag vor dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft statt, über das wir in einer Sonderausgabe berichten.

### **Vertreter des demokratischen Belarus zu Besuch in Brüssel**

Auf Einladung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell kamen Vertreter der Zivilgesellschaft, unabhängiger Medien sowie Menschenrechtsverteidiger aus Belarus am 12. Dezember 2021 in Brüssel zusammen. Borrell erklärte, dass die Vertreter die Stimme von Belarus repräsentieren, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte fordern. Seit den gefälschten Wahlen im August 2020 und der Inhaftierung von mehr als 900 politischen Gefangenen fordert die EU neue Wahlen und die Freilassung aller inhaftierter Personen. Die EU wird ihre Unterstützung für junge Menschen und unabhängige Medien um weitere 30 Mio. EUR aufstocken und kündigte ein Wirtschafts- und Investitionspaket in Höhe von 3 Mrd. EUR für ein demokratisches Belarus an.

### **EU-Pakistan: Kontinuierlicher Dialog angesichts engerer Kooperation**

Am 7. Dezember 2021 fand die sechste Runde des strategischen Dialogs zwischen der Europäischen Union und Pakistan in Brüssel statt. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell begrüßte einerseits die Billigung des Gesetzes zum Schutz von Journalisten und Medienvertretern durch das pakistanische Parlament. Andererseits unterstrich er, dass in einer Reihe von Menschenrechtsfragen und Grundfreiheiten weiterer Handlungsbedarf bestehe. Außerdem vereinbarten beide Seiten, das gemeinsame Engagement, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und regionale Zusammenarbeit, weiter zu verstärken. Demgemäß soll das erste Treffen des neuen Sicherheitsdialogs zwischen der EU und Pakistan im Jahr 2022 stattfinden. Inhaltlich soll es um Nichtverbreitung, Abrüstung und Terrorismusbekämpfung gehen.

### **EU-Kommission stellt Investitions-Initiative „Global Gateway“ vor**

Am 1. Dezember 2021 stellte die EU-Kommission ihre Infrastruktur-Initiative „Global Gateway“ i.H.v. 300 Mrd. EUR vor. Diese soll bis 2027 Projekte in Schwellen- und

Entwicklungsländern im Einklang mit europäischen Normen und Werten fördern. Kernbereiche sind Digitales, Klima, Energie, Transport, Gesundheit, Bildung und Forschung. Die Initiative bezieht bestehende Instrumente im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen der EU ein und erfordert im Sinne des „Team Europe“-Ansatzes die Mobilisierung von Mitgliedstaaten und Privatsektor. Markus Ferber, MdEP und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, kritisierte die Initiative, welche auch als europäische Antwort auf die chinesische Initiative für eine „neue Seidenstraße“ verstanden werden kann, jedoch als „verpasste Chance“. Ein großer Teil der Mittel komme aus bestehenden Programmen, so Ferber.

### **Stellungnahme Borrells zur Inhaftierung ranghoher Politiker in Myanmar**

In Myanmar wurden am 6. Dezember 2021 die entmachtete De-facto-Regierungschefin und Friedens-nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, der Ex-Präsident Win Myint und Ex-Bürgermeister Myo Aung zu Haftstrafen verurteilt. EU-Außenbeauftragter Josep Borrell sprach sich deutlich gegen die politisch motivierten Urteile aus und bekräftigte die Forderung der unverzüglichen Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Inhaftierung der demokratisch gewählten Führungspersönlichkeiten stellt einen weiteren Schritt zum Abbau der Rechtsstaatlichkeit und Verletzung der Menschenrechte seit dem Militärputsch am 1. Februar 2021 dar. Die Bevölkerung Myanmars lehnt die Militärführung mit großer Mehrheit ab.

### **Teilnahme mehrerer EU-Staaten am Demokratiegipfel der Vereinten Staaten**

Vom 9. bis 10. Dezember 2021 fand der von den USA organisierte „Gipfel für Demokratie“ im virtuellen Format statt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, dass das Ziel der EU sei, Demokratien als „gerechteste Form, den Menschen in der ganzen Welt die größten Vorteile zu ermöglichen“ zu stärken. Ferner kündigte sie ein neues globales Programm für Menschenrechte und Demokratie in Höhe von 1,5 Mrd. EUR an. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind der weltweit größte Geber im Bereich der Demokratieförderung. Kritik gab es im Vorfeld des Gipfels an der Einladungsliste, da die USA unter anderem das EU-Mitglied Ungarn nicht eingeladen hatte.

### **Roberta Metsola - Maltas Politik-Wunderkind**

An ihrem 43. Geburtstag ist Roberta Metsola zur Präsidentin des Europaparlaments gewählt worden. Als erste Frau seit fast 20 Jahren und erste Malteserin überhaupt in diesem Amt wurde sie gleich im ersten Wahlgang klar bestätigt. Dies ist auch ein Sieg der EVP-Fraktion. Sie gilt als Kritikerin von Schwangerschaftsabbrüchen aufgrund ihrer konservativen Herkunft, jedoch vertritt sie bei Themen wie Migration stets moderate Positionen. In ihrer Antrittsrede kündigte sie an, eine Einschränkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Redefreiheit oder die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten nie zu akzeptieren. Auch in Sachen Klimawandel müsse die EU die Führung übernehmen und sich neu erfinden.

Lesen Sie [hier](#) den ganzen Artikel des SPIEGEL zur neuen Präsidentin des EU Parlaments.

---

## Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rebekka Olbrich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.